

21. Februar 2016

Die Themen dieser Woche:



Reform oder Neubau? Studienfinanzierung in den USA

Prestige und Studiengebühren

Datenbank zu Lehrplänen

Kurznachrichten

Liebe Leserinnen und Leser,

wir befassen uns in dieser Ausgabe mit einem Policy Paper, das eine radikale Neuorganisation der Studienfinanzierung in den USA fordert, und dem aus deutscher Perspektive vielleicht eigentümlichen Verhältnis von Studiengebühren und Prestige an US-amerikanischen Hochschulen. Wir werfen zudem einen Blick auf eine seit Januar online verfügbare Datenbank zu Lehrplänen an Hochschulen und schließlich – wie immer – auf verschiedene Kurznachrichten der Woche.

Ich wünsche Ihnen wie immer eine interessante Lektüre.

Stefan Altevogt

...► **Reform oder Neubau? Studienfinanzierung in den USA**

New America, ein unabhängiger und überparteilicher Think Tank in Washington, hat mit „Starting from Scratch: A New Federal and State Partnership in Higher Education“ jetzt ein Policy Paper herausgegeben, das von der These eines nicht mehr reformierbaren Systems der Studienförderung in den USA ausgeht: „In recent months, a number of high-profile plans have been promoted pledging to restore the promise of free or debt-free college (...). But they are all (...) built atop the foundation of the existing system of higher education, the basic financial and regulatory bargain between the federal government, states, and institutions that has existed for more than 40 years. That foundation is irreparably broken.“ Für deutlich zu viele Familien sei die Finanzierung des Studiums der Kinder mittlerweile zu einer Bedrohung der finanziellen Stabilität geworden, statt – wie eigentlich gedacht – der Weg in eine ökonomisch bessere Zukunft. Der Abriss der Fundamente wäre die Beseitigung aller bestehenden Bundesprogramme zur Studienförderung – im wesentlichen Stipendien, Darlehen, Steuervergünstigungen. Die auf diese Weise eingesparten Mittel sollten dann über einen Verteilungsschlüssel an die Bundesstaaten fließen, die ihrerseits einen bestimmten Beitrag pro Studierendem (wenigstens 25% der Bundesmittel) aufbringen müssten und die von den Hochschulen Rechenschaft im Hinblick auf den Erfolg (Studiendauer, Beschäftigung und Einkommen nach dem Studium, Versorgung einkommensschwacher Schichten etc.) verlangen sollten. Bundesstaaten, die mehr eigene Mittel in die Hochschulbildung stecken wollten, würden dies von der Bundesregierung entsprechend mit erhöhten Zuwendungen honoriert bekommen und die Zusammenarbeit von Bund und Bundesstaaten erfolge auf Basis der Freiwilligkeit: „States could choose to opt out of the program, but would be unlikely to do so because they would forfeit all federal subsidies for their higher education systems. Losing this support would be politically problematic because tuition would increase substantially for middle- and upper-class voters. In addition, many colleges, powerful constituents in their own right, would have to close.“

Ziel des Ganzen ist eine deutliche Reduzierung und Neuberechnung der „EFC“, der „estimated family contribution“ zu den Kosten des Studiums, der Summe also, die mittlerweile von vielen Familien eher als bedrohlich denn Chancen-eröffnend empfunden werde. Dies müsse wieder anders werden. Die geschätzten Kosten einer solchen Lösung lägen bei \$39 Mrd. zusätzlicher Bundesausgaben und \$18 Mrd. zusätzlicher Ausgaben der Bundesstaaten, also mit insgesamt zusätzlichen \$57 Mrd. pro Jahr bei etwa \$2.800 für jeden der 20 Mio. Studierenden in den USA. Zum Vergleich: Vor allem in Texas und Florida wurden in den vergangenen Jahren öffentlich finanzierten Hochschulen von den jeweiligen Regierungen der Bundesstaaten Vorgaben zur Reduzierung der Kosten eines Bachelor-Studiums gemacht und es wurde eine öffentlichkeitswirksame Richtgröße von \$10.000 für das gesamte Studium genannt.

Sie finden das Policy Paper [hier](#).

Sie finden die Pressemitteilung [hier](#).

Ein Beitrag im Chronicle of Higher Education zum Paper bemerkt, dass die geschätzten Mehrausgaben des Bundes sehr dicht an den geschätzten Kosten für einen Punkt in der Wahlkampfplattform von Hillary Clinton lägen, der Studierenden aus einkommensschwachen Familien ein verschuldungsfreies Studium ermöglichen soll. Mit einer neuen Regierung könne man im kommenden Jahr vielleicht die Chance einer grundlegenden Neustrukturierung der Studienfinanzierung ergreifen: „Plans that keep the current system in place and tinker with it aren't the solution," said Kevin Carey, director of the education-policy program at New America. With the looming election, and the pending reauthorization of the Higher Education Act, he said, 'the time is right' for a more radical restructuring.“

Sie finden den Beitrag [hier](#).

...► Prestige und Studiengebühren

Studiengebühren sind in den USA vielfach eher ein Ausdruck des Selbstverständnisses der sie erhebenden Hochschulen und weniger als notwendiger Deckungsbeitrag zu den Kosten der Ausbildung berechnet. Harvard University könnte es sich wohl ohne weiteres eine drastische Reduzierung der Tuition leisten, doch ist der „Sticker Price“ Ausdruck der Wertschätzung und des Platzes in der Gruppe vergleichbarer Hochschulen. Studiengebühren in Höhe der an einem Community College würde der Haushalt von Harvard deutlich besser verkraften können als der Ruf dieser Elitehochschule es könnte.

Vor wenigen Jahren war dieser Zusammenhang aus Anlass einer Großspende an einen Campus der öffentlich finanzierten State University of New York (SUNY) erkennbar. 2011 erklärte James Simons seine Absicht, seiner Alma Mater SUNY Stony Brook \$150 Mio. zu schenken und damit mehr als doppelt so viel, wie er der Hochschule bereits drei Jahre zuvor hat zukommen lassen. Er knüpfte die Spende allerdings an Bedingungen. Die Regierung des Bundesstaats sollte zum einen selbst Geld in eine Ausdifferenzierung des SUNY-Systems stecken und den vier forschungstärksten Standorten – Stony Brook, Binghamton, Albany und Buffalo – erlauben, sich bei den Studiengebühren vom Rest des Systems nach oben abzusetzen und auch (ähnlich der University of California) zulassen, Studierende von außerhalb New Yorks deutlich stärker zur Kasse zu bitten. Heute liegt der Sticker Price an der Stony Brook University (ehemals SUNY Stony Brook) bei \$23.000 für Out-of-Staters und knapp \$7.000 für „Landeskinder“. Damit liegt man zwar noch nicht in den Regionen von Berkeley, doch deutlicher über den knapp \$5.000 vor der Spende von James Simons. Er wurde in einem Beitrag der New York Times zu den Hintergründen und Bedingungen seiner Spende mit den Worten zitiert: „There was no point to continue to support an institution that the state was backing away from. (...) Inexpensive access to mediocrity is not doing anyone (...) a favor.“

Sie finden den Beitrag [hier](#).

Inside Higher Education meldet die Veröffentlichung einer Untersuchung zum Zusammenhang zwischen dem Ruf einer Hochschule und der Entwicklung der Studiengebühren an ihr. Der erkennbare Zusammenhang: „Researchers found that colleges are likely to set tuition higher after a sharp decline in status – especially if their rivals are already charging higher tuition.“ Zur Erklärung schrieben die Autoren, dass Status die oberste Priorität von Hochschulen sei und die Festlegung der Studiengebühren strategischen Erwägungen folge. Die Höhe der Tuition reflektiere weniger den Wert der Ausbildung an einer Hochschule als vielmehr die Vorstellung der Einrichtung vom eigenen Status.

Sie finden die Meldung und den Link zur Untersuchung [hier](#).

...► Datenbank zu Lehrplänen

Der Chronicle of Higher Education befasst sich in einem Beitrag mit dem seit Januar online verfügbaren „Open Syllabus Explorer“ (OSE), einer Datenbank aus mehr als 1 Mio. Lehrplänen aus den USA, Großbritannien, Kanada und Australien. Der Beitrag geht der Frage nach, ob es durch den durch die Datenbank möglich gewordenen verstärkten Austausch von Informationen über Lehrpläne zu einem „Syllabus Commons“ kommen und ob sich dies positiv auf die Entwicklung von Hochschulbildung insgesamt auswirken werde.

Die Initiatoren des OSE gehen dabei von der Grundannahme aus, dass die der Zusammenstellung von Unterrichtsprogrammen zugrundeliegende intellektuelle Leistung insgesamt für die Entwicklung der Lehre genutzt werden könne.

Es seien als Reaktion auf die Verfügbarkeit zwei verschiedene Szenarien denkbar. Es sei zum einen vorstellbar, dass die Hochschulen selbst untätig blieben, durch elektronische Verfügbarkeit von Lehrplänen zur Erweiterung der Datenbasis beitragen, aber nicht selber Nutzen aus den möglichen Erkenntnissen schlagen würden. Dies sei allerdings wenig wahrscheinlich, denn dann würden private Anbieter genau dies tun: „Large publishers or education-technology companies will begin to mine syllabi and integrate curricular metrics into their marketing strategies and bibliometrics packages. Some of the valuable bits will eventually be sold back to colleges.“ Die andere Variante wäre, dass sich die Hochschulen selber der Sache annehmen und einen „Syllabus Commons“ entwickeln würden. Dann müssten sie das an ihnen durch das Lehrpersonal erzeugte intellektuelle Eigentum an Unterrichtsprogrammen nicht von privaten Anbietern zurückkaufen.

Sie finden den Beitrag [hier](#).

Sie finden die Datenbank [hier](#).

...> Kurznachrichten

Colleges and Institutes Canada (CICan) hat einen Investitionsbedarf von Can\$ 7,6 Mrd. Für Gebäude kanadischer Hochschulen identifiziert und schreibt zur gegenwärtigen Situation: „A recent survey of CICan members shows that, in 2015, the average age of buildings was between 41 and 50 years old. Almost two thirds (63%) of respondents indicate that their institutions' physical infrastructure had passed its useful service life which is generally estimated at 40 years for education buildings.“

Sie finden den Beitrag [hier](#).

Der Studierendenverband Canadian Federation of Students-Ontario hat sich Medienmeldungen zufolge für die Einrichtung einer französisch-sprachigen Universität ausgesprochen, um, nachdem es bereits französisch-sprachige Schulen und Colleges gibt, das Bildungsangebot der Provinz zu vervollständigen.

Sie finden einen entsprechenden Beitrag [hier](#).

Inside Higher Education berichtet von einer Umkehrung des Finanzierungsflusses zwischen der Regierung von Rhode Island und den dortigen, öffentlich finanzierten Hochschulen. Die University of Rhode Island Foundation habe die Reisekosten der Gouverneurin zum World Economic Forum bezahlt und die Rhode Island College Foundation erklärte sich bereit, ein State Innovation Office zu finanzieren: „The office's one employee – a chief innovation officer – will make \$210,000 a year and serve on the governor's cabinet.“

Sie finden diesen Beitrag [hier](#).

Die New York Times berichtet von einem neuen Programm an der City University of New York (CUNY), die gemeinsam mit der New York City Economic Development Corporation dafür sorgen wolle, dass Unternehmergeist an den Standorten des Hochschulsystems gefördert werde. Dazu würden für geeignete Bewerber Experten-Visa (H-1B) beantragt, die dann Studierenden und Lehrenden an CUNY lebensechte Praxis erfolgreicher Unternehmensgründung vermitteln sollen. Warum die künftigen Elon Musks oder Sergey Brins daran interessiert sein könnten, erschließt sich aus dem derzeit sehr starken Wettbewerb um H-1B-Visa: „The visas are capped at 65,000 a year, with another 20,000 available for foreign students who have earned graduate degrees in the United States. Last year, 233,000 people entered the lottery for the visas, with about two-thirds of them losing out.“ CUNY unterliege aber als gemeinnützige Einrichtung nicht dem normalen Wettbewerb um diese Visa, sondern könnte sie unbeschränkt für geeignete Kandidaten beantragen.

Sie finden diesen Beitrag [hier](#).